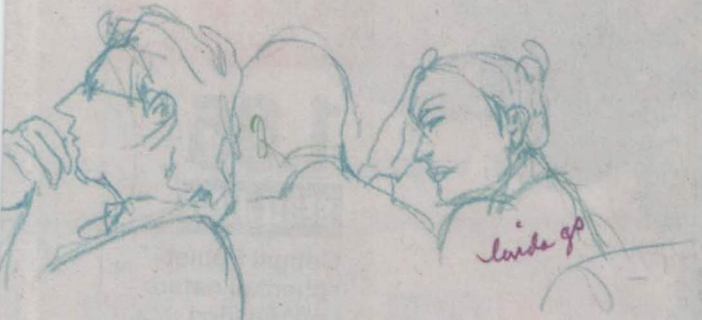


ht.
sschützer der Stadt-
daten mutmasslicher
adikaler oder Terro-
Aktiv werden sie zu-
r Stadt Personen und
schützen gilt - oder
ereits zugeschlagen
ren sie, wenn (Farb-)
tischem Hintergrund
nd sie erstatten Mel-
ch eine unbewilligte
Kundgebung stattge-
B interessiert sich für

mus bisweilen überrumpelt. Die Aus-
schreitungen nach der «Reclaim the
Streets»-Kundgebung im Februar etwa
hat sie nicht vorhergesehen. «Mit den
geltenden Bestimmungen des Staats-
schutzes ist es der Polizei ohne konkre-
ten Verdacht nur möglich, die öffentlich
verfügbaren Informationen auszuwer-
ten», sagte danach Polizeivorsteherin
Esther Maurer (SP) in einem Interview.
Das sei nach bestem Wissen und Gewis-
sen gemacht worden. «Dabei ist man lei-
der auf keine Hinweise auf eine gewalt-
tätige Veranstaltung gestossen.» (pak)

zieht den Fall weiter



s im März vor dem Geschworenengericht. Zeichnung: Linda Graedel

alitätsbezug festgestellt.
le leichte Verminderung
keit zu. Laut Fingerhuth
che Urteilsbegründung
e Jahr vorliegen. Dann

wird er die Beschwerde einreichen.
Bianca B. sitzt seit der Verhaftung in Si-
cherheitshaft im Bezirksgefängnis Zü-
rich. Eine Mitinsassin hat ihr empfohlen,
Fingerhuth als Verteidiger zu nehmen.

4800 Watt, der Verzicht auf Atomenergie
und maximal eine Tonne CO₂ pro Kopf:
Auf diese Ziele für das Jahr 2050 wollen
die Winterthurer Grünen die Stadt mit
einer Volksinitiative festnageln, die sie
im letzten Wahlkampf lanciert haben. Im
März wurde sie mit 1200 Unterschriften
für gültig erklärt. Die Partei rannte damit
grösstenteils offene Türen ein. Der Stadt-
rat hatte zuvor schon von sich aus ent-
schieden, auf die 2000-Watt-Gesellschaft
zu setzen und mittelfristig den Energie-
verbrauch auf ein Drittel zu reduzieren.
Trotzdem arbeitet er jetzt bis Juni 2011
einen Gegenvorschlag zum grünen Volks-
begehren aus, wie er gestern mitgeteilt
hat. Grund: Die Regierung sträubt sich
dagegen, die energiepolitischen Ziele in
der städtischen Verfassung festzuschrei-
ben. Zudem hält sie eines davon für
unrealistisch: «Unsere Berechnungen
haben gezeigt, dass die 2000-Watt-
Gesellschaft ohne Atomenergie möglich
ist. Aber die Beschränkung auf jährlich
1 Tonne CO₂ pro Kopf schaffen wir bis
2050 nicht», sagt Gesundheitsvorsteher
Michael Künzle (CVP). Der heutige Schad-
stoffausstoss liegt bei 5,8 Tonnen. (pak)

Kritik an Beurteilung von Härtefällen

Zürich - Die Flüchtlings- und Sans-Pa-
piers-Organisationen, die sich für die
Einführung einer Härtefallkommission
starkgemacht hatten, sind jetzt mit dem
Ergebnis unzufrieden. Freiplatzaktion,
Sans-Papiers-Anlaufstelle und Solidari-
tätsnetz Zürich schreiben in einer Mittei-
lung, die Härtefallpraxis im Kanton Zü-
rich sei nach der Einführung der Kom-
mission nicht lockerer geworden, son-
dern habe sich sogar weiter verschärft.
Die Organisationen beziehen sich auf
Zahlen des ersten halben Jahres, in dem
die Härtefallkommission tätig ist und die
seit Mai bekannt sind: 31 Härtefall-
gesuche kamen vor die Kommission, nur
zwei wurden gutgeheissen. Die Härte-
fallkommission habe sich nicht für gut
integrierte abgewiesene Asylsuchende
eingesetzt, folgern die Organisationen.
Damit entstehe der Verdacht, dass es
sich bei dem Gremium «bloss um ein
politisches Feigenblatt» handle. Kom-
missionspräsident Harry Kalt (FDP)
hatte schon bei Bekanntwerden der Zah-
len versichert, das neunköpfige Gre-
mium sei nicht politisch gesteuert. (ese)

Tages-Anzeigen 22. 7. 10